



Stellungnahme
zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/9580
Bildungsqualität fördern. Teil II

Die Ausgangslage im Antrag ist aus Sicht der Handwerkskammern zutreffend beschrieben. Die Handwerkskammern befassen sich genau mit diesem Thema sehr intensiv und stehen auch im regelmäßigen Dialog mit der OECD sowie anderen deutschsprachigen EU-Staaten, in denen ähnliche Probleme aktuell sind.

Den Ansatz des Handlungsbedarfes sehen wir grundsätzlich breiter. Eine Konzentration auf die Schulform der Sekundarstufe I ist aus unserer Sicht in keiner Weise ausreichend, denn diese spielen gemäß den Schulabgängerprognosen des Schulministeriums zukünftig kaum eine Rolle. So geht aus der neuesten Prognose vom November 2015 hervor, dass im Jahr 2030/2031 84,3 Prozent eines Altersjahrgangs der 18 – 21-Jährigen eine Fachhochschulreife oder ein Abitur haben werden. Bereits jetzt stellen die aufnehmenden Systeme nach der allgemein bildenden Schule, d. h. Betriebe, Berufskollegs und Hochschulen fest, dass eine Inflation der Schulabschlüsse und damit eine Abwertung der Niveaus, der Aussagekraft der Schulabschlüsse deutlich wahrzunehmen ist. Die Prognose der Schulabgänger mit dem Trend zu immer höheren Schulabschlüssen macht uns ernsthafte Sorgen, denn der Effekt der Abwertung wird weiter verstärkt. Die Ursachen sollten alle Verantwortungsträger näher betrachten. Aus unserer Sicht ist es einerseits das EU-2020-Ziel, das weniger als 10 Prozent eines Altersjahrgangs ohne Schulabschluss die Schule verlassen darf und andererseits – nicht nur politisch, sondern vor allem von den Eltern gewollt – immer mehr Schülerinnen und Schüler Abitur machen wollen. Letzteres wird man nicht aufhalten, so dass eine Niveausicherung der Schulabschlüsse ein zentrales Ziel bilden muss. Wenn also zukünftig fast jeder ein „Abi“ hat, darf u. E. die Art und Richtung der beruflichen Orientierung nicht in Schulformen oder an Schulabschlusszielen festgemacht werden. Denn die Abiturienten von morgen sind – sofern nicht grundlegendere Reformen umgesetzt werden – die Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss von gestern und heute.

Besonders wichtig ist uns im Zusammenhang des Erörterungsgegenstands auf die Erkenntnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Kurzbericht IAB 11/2015) hinzuweisen, wonach die Personen mit Meister- Techniker- oder Fachschulausbildung seit dem Jahr 2011 eine niedrigere Erwerbslosenquote haben als Personen mit Hochschulabschluss. Dies relativiert die Empfehlung aus der Vergangenheit, dass man mit einem Hochschulstudium ein geringeres Arbeitslosenrisiko habe, wobei auch noch nie die Frage der qualifikationsadäquaten Beschäftigung eine Rolle spielte.

In den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen und naturwissenschaftlich-technischen



Studiengängen wird es schwieriger geeignete, Interessierte und von Technik begeisterte, junge Menschen zu finden. Deshalb ist eine noch deutlich stärkere MINT-Förderung in der Schule von zentraler Bedeutung und über alle Schulformen hinweg notwendig.

Zu den Beschlussvorschlägen im Einzelnen:

- Das Fach Technik ist – warum auch immer – nur an Hauptschulen und Gesamtschulen vorgesehen. Insofern ist die Verankerung einer technischen Grundbildung, gerade auch verknüpft mit den drei naturwissenschaftlichen Fächern Physik, Chemie und Biologie sinnvoll, würde diese Fächer zudem anwendungsorientierter machen und darüber mehr Schülerinnen und Schüler begeistern können.
- Das Handwerk fordert schon länger die Kombination von dualer Ausbildung mit Abitur und zwar integriert zu vermitteln und nicht, wie bisher möglich, nacheinander. Die Kombination von dualer Ausbildung mit Fachhochschulreife als Zusatzqualifikation ist der erste Schritt. Für diejenigen, die das Abitur anstreben, aber auch etwas anderes machen wollen, als ein voll(zeit) schulisches Angebot, wäre dies genau der richtige Weg, der zudem eine Ausbildungsvergütung des Betriebes vorsieht. Betriebe hätten eine weitere Möglichkeit, duale Ausbildung als attraktiven Weg aufgrund dieser möglichen Doppelqualifizierung anzubieten.
- Die Berufsorientierungsmaßnahmen im Reformvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sind noch längst nicht in allen Schulen im Land eingeführt und schon gibt es Kritik aus den Schulen und von Vor-Ort-Beteiligten. Das ist normal, denn Veränderungsnotwendigkeiten treffen auf Beharrungsvermögen. Kritik am Zeitpunkt der Potentialanalyse gibt es nach unserer Erfahrung nur aus einer Schulform, und zwar den Gymnasien. Wir halten trotzdem die bisherige praktische Umsetzung für zielführend, grundsätzlich für alle Schulformen die Klasse 8 als Zeitpunkt der Potentialanalyse vorzusehen, bei Gymnasien auch den Zeitpunkt in Klasse 9 zu tolerieren. Denn grundsätzlich ist die Potentialanalyse der Einstieg in das Thema Berufsorientierung und keinerlei Festlegung auf Berufe oder Qualifizierungswege nach der Schule. Da der Entscheidungsprozess für eine Berufswahl dauert, Warteschleifen abgeschafft und damit auch Entscheidungszeiten verkürzt werden sollen, ist der Zeitpunkt in Klasse 8 aus unserer Sicht grundsätzlich richtig.

Sehr wohl gibt es die angeführte Schwierigkeit, dass Schulen bisherige erfolgreiche Berufsorientierungselemente in der Form nicht fortführen können. Vor dem Beschluss zur Einführung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“, an dem wir selbst maßgeblich beteiligt waren, hatte die Landesregierung uns mehrfach bestätigt, dass etablierte Berufsorientierungselemente natürlich von den Schulen fortgeführt werden können. Das Problem sind nicht die in KAOA für verbindlich erklärten Standardelemente. Im Rückblick ist das Problem, dass die Landesregierung alle Finanzierungsquellen für solche Maßnahmen Stück für Stück »ausgetrocknet« hat und die Umsetzung für die Schulen mangels Finanzierung nicht mehr stattfinden können. Insofern besteht Handlungsbedarf, um über die Standardelemen-



te der Berufsorientierung hinausgehende, zielführende und etablierte Maßnahmen der Berufsorientierung durch Schulen mit Partnern auch weiterhin finanziell für die Schulen zu ermöglichen.

- Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zur Beratung, Begleitung und Förderung der jungen Menschen ist ein Schlüssel für
 - die Zufriedenheit der jungen Menschen,
 - für den Erfolg der Maßnahmen,
 - für den effizienten Einsatz von Steuer- und Beitragsmittel,

also eine Win-Win-Situation für alle, nur nicht für das „Ego“ einzelner Personen oder Institutionen. Das macht die Umsetzung so schwer. Das dies funktionieren kann, wenn alle zuständigen Akteure es wollen, zeigen einzelne Jugendberufsagenturen und erste Integrationspoints.

Auch wir können aus Gesprächen von Landesebene und aus den Regionen vor Ort im Land bestätigen, dass die Überschneidungen an der Übergangsschnittschnelle Schule-Beruf zwischen der Arbeitsverwaltung und der Jugendhilfe recht groß sind. Die Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn bezogen auf den Einzelfall die Leistungsträger voneinander wissen und besser noch ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen.

- Die Stundentafeln sehen je nach Schulform eine unterschiedliche Anzahl von Wochenstundenzahlen für die Fächer Physik, Chemie und Biologie vor. In der Praxis kommt hinzu, dass sehr häufig kein Fach durchgängig in der Sekundarstufe I unterrichtet wird, sondern ein Halbjahr oder ganze Jahre jedes Fach pausiert. Damit kann über die Schulzeit hinweg keine durchgängige Qualifikationsentwicklung in den Fächern erfolgen und noch schlimmer, keine Begeisterung für ein Fach entstehen. Bereits vor Jahren hatten wir Informationen, dass in erheblichen Umfang Physik- und Chemielehrkräfte fehlen. Möglicherweise sind dies die eigentlichen Gründe für den unregelmäßigen Unterricht. Insofern unterstützen wir die Forderung ausdrücklich und möchten zusätzlich auf die notwendige Fachdidaktik an Hochschulen hinweisen, die Lehrkräfte in der Ausbildung dringend benötigen. Die besten Mathematiker, Physiker oder Chemiker können durchaus schlechte Lehrkräfte sein. Das wiederum führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler diese Fächer nicht mögen, wenig lernen und sie sich nicht für Naturwissenschaften/Technik interessieren.
- Die Folgen einer Umgestaltung der Schulaufsicht können wir nicht beurteilen.
- Wir unterstützen die Berufskollegs, kooperieren eng mit ihnen und schätzen sie. Sie sind ein sehr wichtiger Partner, ohne den das duale Ausbildungssystem nicht funktionieren würde.
Aus praktischen Erfahrungen sprechen wir uns jedoch ausdrücklich gegen eine intensivere Kooperation zwischen Sekundarstufe-I-Schulen und Berufskollegs aus. Das wollen wir gerne erläutern:



Berufskollegs haben – insbesondere im demografischen Wandel – ein nachvollziehbares Eigeninteresse, viele Schülerinnen und Schüler möglichst in vollzeitschulischen Bildungsgängen zu haben. So gibt es umfangreiches Werbematerial, aber auch Informationsmaterial in der Berufskollegs ihre Angebote für Schüler und Eltern präsentieren. In diesen nimmt die duale Ausbildung einen minimalen Stellenwert ein, obgleich mehr als die Hälfte aller Schüler an Berufskollegs Auszubildende sind. Hinzu kommt das Selbstverständnis von Lehrkräften und Schulleitungen, man könne keinem jungen Menschen eine duale Ausbildung anbieten (weil ein Betrieb den Ausbildungsvertrag abschließen muss), sehr wohl aber viele vollzeitschulische Bildungsgänge. Natürlich weiß ein Großteil der Lehrkräfte, welche Jugendlichen von den einzelnen Branchen als Auszubildende gesucht werden und könnten diesen auch Vorschläge unterbreiten. Da – wie wir häufig hören – sie aber lieber in anderen Lerngruppen unterrichten, z. B. denjenigen, die das Abitur anstreben, ist unser dualer Partner in sich gespalten.

Wenn also Sekundarstufe-I-Schulen und Berufskollegs noch enger kooperieren, besteht die große Gefahr, dass sich noch mehr Schülerinnen und Schüler nach der allgemein bildenden Schule für vollzeitschulische Bildungsgänge anstatt für eine duale Ausbildung entscheiden. Deshalb sind wir dagegen.